

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(17. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrike Flach, Christoph Hartmann (Homburg),
Cornelia Pieper, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 15/3356 –**

Bildungsarmut in Deutschland feststellen und bekämpfen

A. Problem

Die Antragsteller gehen davon aus, dass noch immer zu viele junge Menschen die Schule ohne einen Abschluss verlassen. Dies gelte besonders für Jugendliche aus Haushalten mit Migrationshintergrund. Unter den Jugendlichen aus Zuwandererfamilien zeige sich eine zunehmende Zahl von Ausbildungslosen. Sie stellen seit den 80er Jahren mit einem Anteil von ca. 40 Prozent die wesentliche Teilpopulation von Jugendlichen ohne Berufsausbildung. Im OECD-Vergleich ist der Anteil der deutschen Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 19 Jahren, die weder beschäftigt sind noch sich in Ausbildung befinden, relativ hoch. Fünf Prozent der männlichen und fünf Prozent der weiblichen Jugendlichen fallen in diese Kategorie. Damit liegt Deutschland hinter Frankreich, den Niederlanden, Irland oder Norwegen. Die Bundesregierung habe bisher kein schlüssiges Konzept vorgelegt, wie die dramatische Situation verbessert werden könne.

B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 15/3356 – abzulehnen.

Berlin, den 15. Dezember 2004

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulrike Flach
Vorsitzende/Berichterstatterin

Gesine Mulhaupt
Berichterstatterin

Werner Lensing
Berichterstatter

Grietje Bettin
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Gesine Multhaupt, Werner Lensing, Grietje Bettin, Ulrike Flach

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 15/3356 in seiner 138. Sitzung am 11. November 2004 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Vor dem im Einzelnen geschilderten Hintergrund der generell schlechten schulischen Ausbildungssituation insbesondere von Jugendlichen aus Zuwandererfamilien und der Feststellung, dass angesichts zunehmender Veränderungen am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt junge Erwachsene ohne Schulabschluss von gesellschaftlichen Deklassierungs- und Ausgrenzungsprozessen betroffen seien, wird von den Antragstellern kritisiert, dass im Armutsbericht der Bundesregierung der Zusammenhang von Bildungslosigkeit und sozialer Lage keine Rolle spielte.

Die Bundesregierung wird durch den Antrag aufgefordert, verschiedene Maßnahmen zur Bekämpfung der Probleme zu ergreifen. Diese Maßnahmen beinhalten: Eine Verstärkung der Bildungsforschung; eine Berücksichtigung der Kriterien der Bildungsarmut und des Bildungsreichtums im Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht; den Einsatz von Mitteln der Integrationsförderung vor der Einschulung; die Einführung Theorie geminderter Berufsbilder sowie die Modularisierung der Berufsausbildung.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung** hat auf die Abgabe eines Votums verzichtet.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat die Vorlage in seiner Sitzung am 15. Dezember 2004 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags – Drucksache 15/3356 – mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.

Von Seiten der **Fraktion der FDP** wird darauf hingewiesen, dass eine komplizierter und komplexer werdende Arbeitswelt immer höhere Bildungsabschlüsse erforderte. Wer heute, wie etwa 10 Prozent der Schulabgänger, keinen Schulabschluss schaffe, habe in der Arbeitswelt praktisch keine Chance. Besonders Jugendliche mit Migrationshintergrund seien hiervon betroffen. Die Bindung an eine Gesell-

schaft entstehe vor anderem dadurch, dass man die Verfassung lesen und verstehen könne. Deutschkenntnisse seien die Voraussetzung für Integration und hier fehle es an Mitteln für Sprachkurse. Weil solide Daten und Erkenntnisse über Ursachen, Wirkungen und Handlungsmöglichkeiten gegen Bildungsarmut fehlten, müssten die Bildungsforschung verstärkt und in den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung auch die Bildungsarmut aufgenommen werden. Bildungsarmut und ökonomische Armut gingen Hand in Hand. Das neue Berufsbildungsgesetz gebe die Chance, noch die Forderung nach Einführung Theorie geminderter Berufsbilder zu berücksichtigen. Dies würde gerade Jugendlichen ohne formale Berufsabschlüsse die Möglichkeit eröffnen, einen Beruf zu erlernen.

Von Seiten der **Fraktion der SPD** wird auch der Zusammenhang zwischen Bildungsarmut und Bildungspolitik in Deutschland hergestellt. Deshalb unterstütze sie grundsätzlich das Anliegen der FDP und die Forderung, Bildungsarmut in Deutschland zu bekämpfen. Es sei wichtig, dass dieses Thema aufgegriffen werde, damit nicht nur allgemein über Bildungsarmut, sondern auch anhand von Definitionen und Kriterien, wie in dem FDP-Antrag vorgeschlagen, diskutiert werde. Aus Sicht der SPD sei kritisch auf den Zusammenhang von Chancengleichheit in der Bildungspolitik und auf die Tatsache, dass das Bildungssystem nicht gleichmäßig Chancen für alle Menschen ermögliche, hinzuweisen. Dieser zentrale und wichtige sozialpädagogische oder sozialpolitische Zusammenhang sollte aufgegriffen werden.

Zu den theoriegeminderten Berufsbereichen sei auf die OECD-Studie zu verweisen, in der gerade das Gegenteil gefordert werde, nämlich eine umfassendere Berufsausbildung für junge Menschen und nicht nur eine Orientierung an der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage, sondern auch eine Orientierung an einer umfassenden beruflichen Qualifikation. Jungen Menschen dürfe nicht nur kurzfristig ein Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht werden, sondern es müsse auch der Anspruch auf umfassende berufliche Qualifizierung aufrechterhalten werden. Diese Anmerkungen zu den Forderungen des Antrags seien wichtig. Nicht unterstützt werden könne die Aussage des Antrags, dass die Bundesregierung kein umfassendes Programm vorgelegt habe. Zu erwähnen seien das Ganztagschulprogramm, die Reform des Berufsbildungsgesetzes (BerBiRefG), aber auch die vielen Maßnahmen im „Hartz-Bereich“. Mit dem Anspruch, auch junge Leute unter 25 Jahren viel stärker in den Arbeitsmarkt zu integrieren und Chancengleichheiten zu ermöglichen, werde dem Vorwurf aus dem Antrag entgegen gewirkt. Es sei wichtig, dies zum Thema einer Zusammenarbeit von Bund und Ländern zu machen und darüber hinaus auch die Wirtschaft aufzufordern mitzuhelfen. Es gehe nicht um politische Schuldzuweisungen, sondern darum, die Anstrengungen der Bundesregierung, aber auch erfolgreiche Anstrengungen in den Landesparlamenten, gemeinsam zu unterstützen.

Von Seiten der **Fraktion der CDU/CSU** wird der Antrag begrüßt, weil sie die Sicht auf die dort aufgezeigten Gefah-

ren gerade für Personen mit Migrantenhintergrund, behinderte Menschen sowie junge Menschen aus sozial- und einkommensschwachen Schichten teile. Die Fraktion befürworte vor allem die Bereitstellung von Mitteln der Integrationsförderung, zur Sprachförderung, insbesondere vor der Einschulung. Auch teile man die Ansicht, Theorie geminderte Berufsbilder weiter einzuführen bzw. deren Einführung zu beschleunigen. Über alle Parteigrenzen hinaus sei neu zu begreifen und zu unterstützen, dass Bildung das ganze Leben begleite, und dass Bildung der Wesenszug sei, der die Menschen am meisten miteinander verbinde. Folgende Punkte seien der Fraktion besonders wichtig: Mit dem Lernen sollte früher begonnen werden und in allen Lebensphasen bis ins Rentenalter hinein sollte entsprechend individuell fördern werden. Die Entscheidung über die Schulkarriere falle sehr früh, mindestens bis zum siebten Lebensjahr. Hierzu sei eine neue Bildungsfinanzierung notwendig. Es sei sehr überlegenswert, ob nicht ein Teil der Milliarden Euro, die in das spätere Ausmerzen von Bildungslücken gesteckt werden müssten, nicht besser zu Beginn der Bildungsentwicklung investiert würden. Schon mit der Hälfte der 150 Mrd. Euro an Subventionen, die der Staat jährlich an die Wirtschaft zahle, könnte aus Deutschland ein Bildungsparadies werden. Der Antrag mache deutlich, dass auch die Firmen und Betriebe auf dem Gebiet der Weiterbildung einen größeren Teil zum Ganzen beisteuern müssten.

Aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist der Grundgedanke des Antrags positiv zu bewerten. Bildungsarmut müsse bekämpft werden. Der Zusammenhang von Bildungslosigkeit und sozialer Lage werde voraussichtlich weiterhin eine Rolle spielen. Auch die Modularisierung von Ausbildung sei positiv zu bewerten. Sprachförderung von Kindern im Vorschulalter und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sei wichtig und sinnvoll. Aber es seien vor dem Bund die Länder, die hierbei finanziell in der Verantwortung stünden. Die Einführung Theorie geminderter Berufsbilder werde abgelehnt. Dieser Vorschlag passe zu der Logik, an der auch das Schulsystem kranke. Jugendliche würden so nicht gefordert und gefördert, sondern würden abgeschrieben zu billigen Arbeitskräften. Darüber hinaus habe auch die Anhörung zum BerBiRefG deutlich gemacht, dass die meisten Experten, u. a. auch die Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand eine solche Ausbildung ablehnten. Es sei deutlich geworden, dass die Wirtschaft nicht einfache Handlanger brauche, sondern gut ausgebildete Menschen. Deshalb sei der Antrag in der Gesamtheit abzulehnen.

Berlin, den 15. Dezember 2004

Gesine Mulhaupt
Berichterstatlerin

Werner Lensing
Berichterstatler

Grietje Bettin
Berichterstatlerin

Ulrike Flach
Berichterstatlerin